

## Kommentar der CSU über den Mansholt-Plan (März 1969)

**Quelle:** Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam. Sicco L. Mansholt (1908-1995), (1858-) 1945-1995. Beleidsactiviteiten. Memo 80, Programma 1980. Stukken betreffende het Plan Mansholt inzake voorstellen tot landbouwhervorming in de EEG. 1968-1971, 130.

**Urheberrecht:** Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis / International Institute of Social History

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/kommentar\\_der\\_csu\\_uber\\_den\\_mansholt\\_plan\\_marz\\_1969-de-85d4b6f1-f66d-41d5-8648-ed83f780a357.html](http://www.cvce.eu/obj/kommentar_der_csu_uber_den_mansholt_plan_marz_1969-de-85d4b6f1-f66d-41d5-8648-ed83f780a357.html)

**Publication date:** 20/10/2012

## Der Mansholt-Plan und was dahintersteckt (März 1969)

Das Memorandum zur EWG-Agrarpolitik hat in der bayerischen Landwirtschaft Angst, Sorge und Mißtrauen ausgelöst. Diese Vorschläge des holländischen Sozialisten Mansholt fanden zwar Zustimmung bei der EWG-Kommission, auf die wir keinen direkten Einfluß haben, aber nicht beim EWG-Ministerrat, wo wir mit Sitz und Stimme vertreten sind. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, daß keine Beschlüsse zum Nachteil der bayerischen und deutschen Landwirtschaft getroffen werden.

### Die großen Nutznießer: Frankreich und Italien

Die Bundesrepublik hat nur noch knapp 10 Prozent landwirtschaftliche Beschäftigte. In Frankreich sind es noch 17 Prozent und in Italien 24 Prozent.

In der Rationalisierung der Landwirtschaft und in der Entwicklung nebenberuflicher Landbewirtschaftung mit außerlandwirtschaftlichem Hauptverdienst liegt die Bundesrepublik und vor allem Bayern an der Spitze der EWG. Die Umsetzung von Arbeitskräften und Betriebsleitern aus unserer Landwirtschaft in andere Berufe ist größtenteils bereits vorüber. In der Zukunft ist deshalb in erster Linie nur noch der Umstieg vom hauptberuflich geführten Voll- und Zuerwerbsbetrieb in die Nebenerwerbslandwirtschaft zu erwarten. Im Gegensatz zu Frankreich und Italien ist der größte Teil unseres Landes aber so stark mit Arbeitsplätzen gewerblicher und industrieller Art durchsetzt, daß mit entsprechender staatlicher Hilfe die Überleitung keine Probleme aufwerfen wird.

Das zentralistische Frankreich ist zur Hälfte noch reines Agrarland. Überall herrscht krasser Mangel an gewerblichen und industriellen Arbeitsplätzen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Italien, vor allem im Süden. Eine EWG-einheitliche Strukturpolitik, die vorrangig diese Regionen umstrukturieren müßte, muß deshalb vor allem zu Lasten der Bundesrepublik gehen. Schätzungen ergeben, daß dafür von der Bundesrepublik jährlich 4 - 8 Milliarden Mark aufgebracht werden müßten. Höchstens ein Drittel dieser Riesensumme würde aber zu uns zurückfließen.

### Hier irrt der Holländer Mansholt

Der EWG-Agrarkommissar glaubt, daß eine Politik der Strukturveränderung betrieben werden müsse, weil sonst wegen der teilweisen Überproduktion Preissenkungen unvermeidlich würden. Mansholt will mit seiner kostspieligen Strukturpolitik die Überschußproduktion verhindern. Diese These ist schon deswegen falsch, weil man auch in der übrigen Wirtschaft keine neuen, größeren Produktionsstätten errichtet, um weniger zu produzieren. Überall in der Welt wird nur dann investiert, wenn man besser, das heißt mehr und billiger produzieren kann. Die Vereinigten Staaten beweisen dies auch für die Landwirtschaft, wo die Überproduktion auch bei über 150 ha großen Betriebseinheiten Sorgen bereitet. Mansholt müßte zuerst beweisen, daß mit seinen Strukturvorschlägen Einfluß auf das Ausmaß der Produktion genommen werden kann.

Solange die EWG-Staaten keine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik treiben, ist es außerdem nutzlos, auf einem Teilgebiet die Strukturen einheitlich zu verändern, weil der erwartete Erfolg durch die nach wie vor nationale Finanz- und Wirtschaftspolitik beliebig manipuliert werden kann.

### Der Sozialist Mansholt

Die eigentums- und gesellschaftspolitischen Ziele Mansholts widersprechen grundsätzlich den Zielen der CSU und des Bauernverbandes. Sie laufen außerdem den Lebensinteressen der bäuerlichen Familien entgegen. Das Hinausdrängen des Großteils bäuerlicher Familien aus der Landwirtschaft führt zu größten Eigentumsverlusten. Mansholt weiß, ohne dieses Hinausdrängen wird es aber gegenwärtig und in Zukunft keine sozialistischen Mehrheiten in den EWG-Ländern geben. Die Zerschlagung der bäuerlichen Landwirtschaft ist aber notwendig, um sozialistische planwirtschaftliche Ziele verwirklichen zu können. Mansholts parteipolitische und gesellschaftspolitische Zielsetzung steckt in diesen Thesen. Daher ist es falsch, diese Vorschläge nur fachlich zu würdigen. Auf die Dauer können die gesellschaftspolitischen

Auswirkungen noch gefährlicher sein.

**Wir wollen keine Agrarfabriken auf dem Land — wir wollen keine Sozialisierung in Europa.**